

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unerlangt eingelangte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Verleger: Carl Nebecker, Zehnbecker Hof in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Nicht französische Angriffe an der Somme gescheitert

Neue erfolglose russische Angriffe in Wolhynien.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der Kritikerkampf zwischen dem Russen, dem Franzosen und der Somme wird mit großer Kraft fortgesetzt. Englische Angriffsabsichten bei Baginville-Petit wurden durch Feuer unterbunden. Die Zahl der seit dem 8. August in unsere Hand gefallenen unverwundeten Engländer hat sich auf 13 Offiziere, 500 Mann erhöht. Zwischen Aurepas und der Somme schickerten abends und während der Nacht acht heftige französische Angriffe.

Rechts der Maas wird abgesehen von kleinen Granatentwürfen keine Infanteriekämpfe gemeldet.

Im Zusammenstoß und durch Abwehrfeuer sind zwei feindliche Flugzeuge südlich von Spaume, je eines südlich von Lize, bei Reus und bei Saarburg in Lothringen abgeschossen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg. Südlich von Smorgon herrschte lebhafteste Feuer- und Patrouillenkämpfe.

Mehrere russische Angriffe sind am Strumien bei Dubeczce, am Stochob bei Lubieszow-Gerechce, bei Smolary-Jareczce und bei Witoniez blutig abgewiesen; bei Jareczce nahmen wir bei Gegenständen 2 Offiziere, 340 Mann gefangen. Unternehmungen kleinerer feindlicher Abteilungen und ein Ueberumpelungsversuch im Stochobdogen östlich von Sowel blieben ergebnislos.

Südlich von Jalecz entwickelten sich heute früh neue Kämpfe.

Front des Feldmarschallmarschalls Erzherzog Karl.

Bei und südwestlich von Welschniow sind starke russische Angriffe, teilweise im frühen Morgen, zurückgeschlagen. Hier und südlich des Dnjestr sind die bestmöglichen neuen Stellungen planmäßig eingenommen.

Balkankriegsschauplatz.

Keine Ereignisse von besonderer Bedeutung.

Oberste Seeresleitung. (W. I. B.)

Was wird aus Russland?

Die Industrie.

von (Nachdruck verboten.)

Dr. Hans Vorst.

Zeit ich vor einigen Wochen hier die verhängnisvollen Wirkungen des Arbeitermangels in Russland besprach, sind dort auf diesem Gebiete Ereignisse eingetreten, die einerseits besonders deutlich dazutun, wie stark die Wirtschaftskrisis des Reiches schon durch den Krieg überhand genommen hat, und andererseits die Arbeiternot noch beträchtlich steigern müssen. Am 20. Juli wurde nämlich ein kaiserlicher Ukas an den Senat veröffentlicht, der die Reichswehr ersten Aufgebots der Rekrutierungsjahrgänge 1916 bis 1893 und zweiten Aufgebots der Jahrgänge 1916 bis 1901 schon für den 28. Juli zu den Fronten rief. Ausdrücklich werden auch die Mannschaften dieser Klassen, die gleichwohl von der Wehrpflicht befreit sind, zum Sanitätsdienst einberufen. Diese Maßregel ist um so bedeutungsvoller, als die russische Regierung, wie ich aus sicherer Quelle weiß, eigentlich beabsichtigt, mindestens die Einberufung der Reichswehr zweiten Aufgebots ganz zu vermeiden, weil man davon allzu schwere wirtschaftliche Folgen befürchtete. Am gleichen Tage erschien ein kaiserlicher Befehl, der bestimmt, daß die „Fremdabteilungen“ des kaiserlichen Heeres, des kaiserlichen Transporthilfs, transporthilfs und vieler anderer namentlich aufgeführter Abteilungen, die bisher wegen ihres halbweiligen Zustandes von jeher Heeresleistung befreit waren, im Alter von 19 bis 43 Jahren zu Armerungsarbeiten und allen anderen zur Landesverteidigung notwendigen Arbeiten herangezogen werden. Man hält diese Abteilungen also auch jetzt zum eigentlichen Heeresdienst nicht für tauglich. Aber eben an das Heeresgebiet grenzenden Gouvernements waren bisher zahlreiche Arbeitskräfte durch die Armerungsarbeiten entzogen worden, zu denen sogar Frauen in weitem Umfang verwannt werden mußten, worüber in der Presse vielfach geflagt worden war. Wenigstens diese Kräfte will man nun durch die Verwendung von Mannschaften, Infanterie und Kavallerie frei machen, ist aber gleichzeitig gezwungen, durch die Einberufung der Reichswehr neue schwere Lücken zu reifen.

Tatsächlich wurden in der Presse sofort Beschwerden laut, daß wichtige Gebiete des Wirtschaftslebens durch diese Maßregel schwer betroffen seien, und schon am 25. Juli mußte der Termin der Einberufung um einen Monat verschoben werden, um wenigstens die Einbringung der Ernte nicht noch mehr zu gefährden, die bis Ende August in den südlichen Gouvernements in der Hauptsache beendet ist. Das „Novoje Wremja“ begrüßte dies Ereignis mit einem Leitartikel, der mit den Worten begann: „Das östliche Russland erfährt die frohe Botchaft von dem Aufhören der Einberufungen bis zum 28. August.“

Unter dem Arbeitermangel leidet aber natürlich nicht nur die Landwirtschaft, sondern vor allem auch die Industrie, doch viel zu schnell entwickelte sich die Industrie, da nur die unmittelbare für die Landesverteidigung arbeitenden Betriebe die Befreiung ihrer Arbeiter vom Heeresdienst bewirken können. Die übrigen Fabriken haben doppelt so schwer mit der Arbeiternot zu kämpfen, und namentlich ist ihnen ein großer Teil der Qualitätsarbeiter, Techniker, Monteur usw. entzogen, die um so unersetzlicher sind, als an ihnen, wie bereits erwähnt, auch im Frieden schon ein empfindlicher Mangel herrschte.

Dies ist natürlich nicht so zu verstehen, als wenn die Industrie selbst nur litt: Die russische Industrie blüht, wie nie zuvor, sie hat sich vollständig auf die Erfordernisse des Krieges eingestellt, sie ist beträchtlich erweitert worden, alles, was irgend dazu brauchbar war, ist zu Fabriken umgewandelt worden, die ausländische Konkurrenz fehlt, da die inländische Schienenfrachten die Auslandskäufe genötigt die Einfuhr von ausländischem Eisen unter besonderen Vorzugsbedingungen zu gestalten. Wie sollte da die russische Eisengewinnung imstande sein, den außerordentlich gesteigerten Anforderungen des Krieges auch nur im entferntesten zu genügen?

Aber es wirken noch andere Umstände mit, um die Leistungsfähigkeit der russischen Industrie zu verringern. Die Einnahme des hoch entwickelten polnischen Industriegebietes durch den Feind bedeutet in dieser Beziehung für Russland einen unerlöschlichen Verlust. Besonders verhängnisvoll ist aber der Kohlenmangel. Schon seit Jahren machte er sich in so hohem Maße fühlbar, daß, wie ich einem Ukas Lazarus-Baranovskis entnehme, beispielsweise im Jahre 1912 eine Anzahl großer russischer Fabriken mit Tausenden von Arbeitern genötigt waren, ihren Betrieb auf unbestimmte Zeit einzustellen, weil sie sich keine Kohle beschaffen konnten. Ich habe schon kurz erwähnt, daß auch im Frieden gerade der Arbeitermangel den Fortschritt der Kohlenproduktion schwer be-

Zur Verteidigung der Integrität Ungarns ist jeder Ungar zu sterben bereit.

Eine große Sitzung im ungarischen Abgeordnetenhaus. — Alle Parteien, auch die neue Karolyi-Partei, einmütig für die Verteidigung der Integrität. — Rede Tizsas. Telegramm unseres nach Ungarn entsandten Sonderberichterstatters

Agge Madelung.

□ Budapest, 10. August.

Nach zwei Wochen Ernteurlaub ist heute unter großer Teilnahme aller Parteien das ungarische Abgeordnetenhaus wieder zusammengetreten. Die Karolyi-Partei debütierte, indem Graf Karolyi vor der Tagesordnung die Motive der Parteigründung und das Programm seiner Partei auseinandersetzte. Er sprach sehr gemäßig und erklärte, daß seine Partei die vollständige staatliche Selbständigkeit Ungarns bezwecke, die auch im Interesse der Dynastie liege. Das Mittel, aus dem heraus die Dynastie diese volle Selbständigkeit bisher nicht gewährt habe, müsse durch die Festungen Ungarns in diesem Kriege gänzlich geschwunden sein. Bisher habe Ungarn bloß Anerkennung durch Worte erhalten, seine Partei wünsche aber reelles Bürgerrecht durch Errichtung eines wirtschaftlich und politisch unabhängigen Ungarns. Sollte es auf diesem Gebiete nicht möglich sein, so erließe es eine Niederlage, wie sie durch die Waffen waren. Er, Karolyi, wolle mit größter Aktivität als die übrigen Oppositionsparteien hierfür arbeiten, damit, während die Nation an der Front kämpfe, diebestmögliche Zusammenkunft hinter der Front getroffen werden. Er fordere die Regierung auf, ihre Friedensziele bekanntzugeben. Der Friede nach einem freigelegten Feldzug müsse in einem offenen Vertrag zwischen den Völkern beschlossen und nicht in einem geheimen Diplomatenabkommen, das leicht gebrochen werden könnte. Er protestiere gegen die Zumutung eines der Regierung nahegelegenen Organs, worin die Verantwortung für die Aufregung in Rumänien seiner Parteigründung zugeschieben wird. Er hoffe zwar, daß es mit Rumänien zu keinem Krieg kommen werde, erkläre jedoch, solange nur ein Ungar lebe, Rumänien mit einer bis zum Ausschließen entschlossenen Verteidigung Ungarns zu rechnen habe. Auf den Hügel Siebenbürgens werden die Rumänen nicht Menschen, sondern Tigern begegnen. (Wohlfühler Beifall.)

Sieheff erklärt Graf Apponyi, daß hinsichtlich der Gestaltung des zukünftigen Ungarns zwischen ihm und dem Grafen Karolyi kein Gegensatz bestehe. Ungarn könne und dürfe, was die staatliche Selbständigkeit betrifft, nur einen Schritt nach vorwärts tun. Auch er wünscht einen dauerhaften Frieden, doch sieht er die Vorbedingung eines solchen Friedens in der Vertiefung des gegenseitigen Bündnisses mit Deutschland. Die Unabhängigkeit Ungarns dürfe aber niemals zur Isoliertheit führen. (Bei diesen Worten äußerten Tizsas, Andrássy und die ganze Mehrheit des Hauses zustimmenden Beifall.) „Um eben diese Isoliertheit zu vermeiden“, führt Apponyi fort, „müssen wir Ungarn unser Bündnis mit Deutschland vertiefen, denn dann allein sehen wir die Garantien unserer zukünftigen Entwicklung und die Bürgschaften eines dauerhaften Friedens.“ Dagegen, gleich Karolyi ein Gegner der inneren Politik Tizsas ist, hält er trenn und unerschütterlich an dem gegenwärtigen Bündnis mit Deutschland fest und will, daß Ungarn, ebenso wie die übrigen Verbündeten, in gegenseitiger Solidarität und Aufopferung einen gleichberechtigten Einfluß auf den Gang der Dinge ausübe. Wie man die Regierung bekämpfe, sei eine

Temperamentsfrage, auch er sei ein Gegner eines langfristigen Ausgleiches mit Österreich, auch er wünsche die Ausdehnung des Wahlrechtes. Allein bei der Wahl der Kampfmittel müsse man die gegenwärtige Armut berücksichtigen.

Nach der Rede des Grafen Apponyi, die vom ganzen Hause mit großer Beifallstimmung aufgenommen wurde, erhob sich Graf Tizsas, um darzulegen, daß ihm nach den Ausführungen Apponyis nur wenig mitzuteilen übrig bleibe. Ohne sich in Auseinandersetzungen einzulassen zu wollen, stelle er fest, daß ein anfänglicher Teil der rumänischen Presse seit Kriegsausbruch alles unternehme, um das Königreich Rumänien gegen die Verbündeten in den Krieg zu ziehen. Graf Tizsas vermißte den Ausdruck „Zentralmächte“, als redne er noch immer mit dem Befehlen der Mittelmächte mit Rumänien. Ohne über Rumänien selbst sprechen zu wollen, erklärte er, daß diese rumänische Presse gegen die rumänische Regierung die furchtbarsten Vorwürfe erhebe, weil sie es verneine, vor unseren großen Siegen im Mai 1915 an der Seite Russlands eingetreten. Derselben Organe benötigten jede mögliche und unmögliche Gelegenheit, um den Glauben zu erwecken, es könne abermals ein Zeitpunkt kommen, der eine rasch auszunehmende Gelegenheit zum Angriff auf die österreichisch-ungarische Monarchie bieten könnte. Neben der hintergründigen Verleumdung sei jedermann im reinen, der die Vorgänge objektiv beobachte. Der Austritt Karolyis aus der Unabhängigkeitspartei sei Wasser auf die Mühle dieser Organe gewesen, die die Presse und die Bedeutung der neuen Parteigründung in fast jedem Blick zu zeigen trachteten, indem sie erklärten, die neue Parteigründung bezwecke das Kriegsende und die Abschließung eines Sonderfriedens Ungarns mit Russland. Graf Karolyi habe heute diese Verleumdungen zurücksendend als lächerlich bezeichnet und, er, Tizsas, wisse, daß solche Absichten dem Grafen Karolyi und seinen Parteigängern vollständig fern lägen. „Wir alle wissen aber“, sagt Tizsas, „wie wenig man im Ausland unter Land und seine inneren Verhältnisse kennt und welche lächerliche Verleumdungen die Ententeblätter Ungarn andichtet. Nur so war es möglich, daß diese Verleumdungen bei unseren Feinden dennoch eine gewisse Wirkung erzielte und den schon bei unseren Feinden einschüchternenden Glauben an unsere Kriegsunfähigkeit wieder erweckte.“ Unter solchen Umständen halte es für die Mitglieder der Karolyi-Partei keineswegs beleidigend sein können, daß er, Tizsas, sie auf die falsche Auslegung ihrer Haltung aufmerksam machte. Wenn Karolyi heute erklärte, daß zur Verteidigung der Integrität Ungarns jeder Ungar zu sterben bereit ist, so wiederhole er, Tizsas, dies deshalb, damit es wirklich zu den Ehren unserer Feinde gelange. „Dieser Ukas wird gegen unsere Integrität geführt, denn die Feinde sprechen offen von der Aufteilung Ungarns. Solange der Feind davon spricht, daß unser Land in blutige Segen zerissen werden soll, wollen wir in diesem Hause nicht von Frieden, sondern von Siegen sprechen.“ (Stürmischer Beifall im ganzen Hause begrüßt diese Worte.) „Nur unser Sieg“, führt Graf Tizsas fort, „kann und den ehrenhaften Frieden bringen, der den jetzt unsere Feinde mit übermenschlicher Tapferkeit kämpfen. Jedermann weiß, daß wir diesen Krieg nicht begonnen haben. Sondern in den Tagen der Kriegserklärung war auch nachher waren wir Anhänger des ehrenhaften Friedens. Darüber gibt es aber zwischen uns keinen Meinungsunterschied, daß wir alle die größte Kraftanstrengung im Interesse unseres endgültigen Sieges bekunden müssen.“

Diese letzten Worte des Grafen Tizsas fanden bei allen Anwesenden ungeteilte und begeisterte Aufnahme, und das Haus ging zur Verhandlung der Steuerverlegen über.

Handels-Zeitung des Berliner Tageblatts.

Nummer 407.

Berlin, Donnerstag, 10. August 1916 (Abend).

I. Beiblatt.

Die Umsatzsteuer bei der Zwangsversteigerung.

Die schweren steuerlichen Lasten, die auf dem Grundbesitz ruhen und eine Gefahr für die Entwicklung eines gesunden Hausbesitzes ebenso wie für die volkswirtschaftlich notwendige Gestaltung neuer Wohnungen bieten, steigern sich zu einer steuerlichen Ungerechtigkeit bei dem Besitzwechsel von Grundstücken in der Zwangsversteigerung. Der Gedanke jeder Umsatzsteuer besteht bekanntlich darin, dass zum mindesten bei einem der beiden am Umsatz Beteiligten, sei es der Verkäufer oder Erwerber, ein Vorteil vorhanden ist. Wo dieser Vorteil aber bei der Zwangsversteigerung eines Grundstücks liegt, ist in der großen Mehrzahl der Fälle nicht zu erkennen. Dem Eigentümer wird sein Besitz entzogen und mit Schulden aus den ausfallenden Hypotheken belastet geht er von dannen, der Erstreher dagegen, meist der Hypothekar, sieht sich in die Lage versetzt, aus der Rolle eines Rentiers in die eines Grundbesitzers mit ihren vielen Unannehmlichkeiten überzutreten. Aus diesem und noch manchem anderen Gesichtspunkt heraus hat der Schutzverband für deutschen Grundbesitz bereits im November des vergangenen Jahres eine Eingabe an den Bundesrat und Reichstag gerichtet, in der er die Bitten ausspricht, die 3/4 pCt. Reichsumsatzstempel für den Fall der Zwangsversteigerung von Grundstücken aufzuheben und die einzelnen Bundesstaaten von dieser Ausbreitungssetzung des Reichsstempels mit dem Annehmen in Kenntnis zu setzen, zur Abhilfe der vorliegenden Notlage des städtischen Grundbesitzes auf eine Ausbreitungssetzung der staatlichen und kommunalen Besitzwechselabgaben und Gerichtskosten Bedacht zu nehmen.

Der Verband wiederholt jetzt in einer neuen Eingabe diese Bitten. Zur weiteren Begründung führt er aus, dass die beteiligten preussischen Minister durch Bundesrats vom 4. Februar 1916 in Anerkennung der Gründe, die für einen Erlaß der Besitzwechselabgaben bei Zwangsversteigerungen und bei dem freihändigen Erwerb nennender Grundstücke durch einen Hypothekengläubiger sprichend, den Gemeinden empfohlen hätten, den kommunalen Umsatzsteuerordnungen eine entsprechende Bestimmung einzufügen. Wenn aber, so heisst es weiter, auch verschiedene Gemeinden diesem Wunsche der preussischen Minister Rechnung getragen hätten, so habe es sich doch gezeigt, dass eine allgemeine Regelung der Umsatzsteuern in dem gedachten Sinne nur möglich sei bei einem gleichzeitigen Vorgehen der Reichs- und Staatsbehörden. Den gleichen Standpunkt zu der vorstehenden Frage, wie der Schutzverband nimmt der Deutsche Städteverband ein, der in einer am 15. Mai d. J. ergangenen Resolution sich ausdrücklich erklart, wenn die Gemeinden ihrerseits fortfahren wollten, das Gebiet der Umsatzsteuer einzuschränken, ohne dass Reich und Staat den gleichen Schritt täten. Für den Fortfall der Staatsteuer in den bezeichneten Fällen hat sich sodann auch der vom Ausschuss des preussischen Abgeordnetenhauses zur Beratung des Schlichtungsamtes eingesetzte Untersuchungsausschuss ausgesprochen, der beantragte in einer Entschliessung zum Stempelsteuergesetz den Zusatz: „Die Stempelsteuer ist zu erlassen, wenn der Zuschlag einem nachstelligen Hypothekar oder Grundschuldgläubiger erteilt wird und dieser das Höchstgebot zur Wahrung seiner dinglichen Forderung unter Zurückrechnung der von ihm übernommenen Leistungen abgegeben hat. Man kann nur hoffen, dass die vorstehenden Bitten endlich von Erfolg begleitet sind und Reich, Staat und Kommunen gemeinsam einem Zustande ein Ende machen, der geeignet ist, das Kapital, das schon jetzt keine Neigung zum Grundstücksbesitz verspürt, noch mehr abzuschrecken.

Handel und Verkehr.

Der Charlottenburger Hypothekendarlehenverein hat, nachdem ihm durch Ministerialrats vom 15. Dezember 1915 die Genehmigung zur Ausgabe von 30 000 000 M. Pfundbriefen, für die die Stadt Charlottenburg die Bürgschaft übernommen hat, und die Rechtsfähigkeit erteilt worden ist, Mitte Februar d. J. seinen Geschäftsbetrieb eröffnet. Während dieser halbjährigen Tätigkeit sind bei ihm im Auftrage auf Genehmigung nachstelliger Hypotheken im Werte von 2 550 000 M. eingelaufen, von denen nur 8 abgelehnt worden sind. Bewilligt wurden bis jetzt 20 Darlehen im Werte von 925 000 M. Der Verein zahlt bis heute 108 Mitglieder, die mitgeteilt haben, dass die Tätigkeit des Charlottenburger Hypothekendarlehenvereins mit der Erfüllung seiner Aufgabe, dem Charlottenburger Grundbesitz durch Kreditgewährung zu helfen, schon während des Krieges in recht erfreulicher Masse beginnen konnte, und es steht zu hoffen, dass die Tätigkeit des Vereins sich schnell eine weitere Ausdehnung erfahren wird. Die Charlottenburger Hausbesitzer werden zu überlegen haben, ob es nicht in ihrem Interesse liegt, den Verein durch weitere Beitrittserklärungen zu fördern.

Die E. Thörs Vereinigte Harburger Oelfabriken Akt.-Ges. erzielte in dem am 30. Juni 1916 abgelaufenen Geschäftsjahre einen Betriebsergebnis in Höhe von 2 081 509 M. (1914/15 3 612 588). Die Abschreibungen werden auf 582 615 M. (580 250) bemessen. Einsechsig eines Vorrages von 1 369 484 M. (1 346 613) verbleibt ein Ueberschuss von 3 468 708 M. (3 578 951). Der Reingewinn stellt sich auf 2 069 584 M. (2 023 388). Eine Zuweisung an den Reservofonds II (im Vorjahre 1 955 000 M.) unterbleibt diesmal, wobei zu bemerken ist, dass die Offener Reserve sich auf 25 pCt. des Aktienkapitals belaufen. Für soziale Lasten werden wieder 35 000 M. für Gratifikationen usw. wieder 60 000 M. und für technische Verbesserungen wieder 100 000 M. aufgewendet. Die Tantien betragen 357 556 M. (510 467). Die Dividende wird, wie schon mitgeteilt, von 16 pCt. auf 14 pCt. ermässigt, was 1 470 000 M. (1 650 000) erfordert. Der Vortrag auf neue Rechnung, der im vorigen Jahre von 346 613 M. auf 1 369 484 M. erhöht worden war, wird weiter auf 1 455 011 M. gesteigert. Die Verwaltung will den hohen Gewinnvortrag möglichenfalls zur Aufbesserung der Dividende verwenden, falls das laufende oder das nächste Jahr kein genügendes Erträgnis bringen sollten. Im abgelaufenen Geschäftsjahre konnte der Betrieb der Gesellschaft nur in beschränktem Umfange aufrechterhalten bleiben, wenn trotzdem ein betriebsgemäßes Ergebnis erzielt wurde, so hängt das nach Angabe der Verwaltung damit zusammen, dass die Werke den veränderten Verhältnissen angepasst wurden, und durch Heranziehung von anderen Produkten einermessig ausgenutzt werden konnten. Auch die Beteiligungen bei einigen Unternehmungen der Nahrungsmittelindustrie haben das Unternehmen günstig beeinflusst. In der Bilanz erscheinen Maschinen mit 1 500 000 M. (1 300 000 M.), Grundstücke mit 6 029 850 M. (1 240 827 M.), (30. Juni 1915 3 030 000), Wertpapiere mit 1 120 000 M., darunter befinden sich 500 000 M. an Aktien. Die Kriegindekte Das Bankguthaben ist, im Zusammenhang mit dem Erwerb von Kriegindekten, von 6 350 204 M. auf 1 916 962 M. zurückgegangen. Die Ausseinstände betragen 2 151 958 M. (1 467 929). Die Beteiligungen sind von 1 371 833 M. durch Abänderung von Unternehmungen der Nahrungsmittelindustrie auf 1 711 833 M. gesteigert; die Warenvorräte sind mit 202 006 M. (1 164 898) bewertet; die Kreditoren hatten 364 875 M. (320 734) zu fordern. Ueber die

Aussichten bemerkt die Verwaltung: „Wir hoffen, dass sich die Versorgung mit Rohstoffen etwas günstiger gestalten wird, als im abgelaufenen Jahre. Selbstverständlich bleiben wir bestrebt, auch weiterhin unsere Einrichtungen den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen anzupassen und jede Möglichkeit zur Beschäftigung unserer Werke auszunutzen.“

*** Spinn u. Sohn Akt.-Ges. für Fabrikation von Bronzewaren und Zinkguss in Berlin.** Die Generalversammlung, in der ein Kapital von 240 000 M. vertreten war, genehmigte den Abschluss. Nach dem jetzt zur Veröffentlichung gelangenden Geschäftsbericht ergibt sich für 1915/16 ein Bruttogewinn von 268 063 M. (1914/15 234 555 M.). Nach Abschreibungen von 59 253 M. (52 130) verbleibt ein Ueberschuss von 37 824 M. (18 282), um den sich die Unterbilanz auf 162 588 M. ermässigt. (Für 1914/15 wurde der Betrag von 7182 M. ebenfalls zur Verringerung der Unterbilanz auf 200 112 M. verwendet.) Im Geschäftsbericht schreibt die Verwaltung u. a. folgendes:

Nachdem wir bereits im letzten Teile des Geschäftsjahres 1914/15 mit der Anfertigung von Artikeln für den Kriegsbedarf begonnen hatten, waren wir im Berichtsjahre in der Lage, uns mehr und mehr in die zum Teil recht schwierige und uns bisher fernliegende Herstellung dieser Gegenstände einzuarbeiten und diese durch Anschaffung neuer Maschinen und durch Umschulung des Personals zu fördern. Wir konnten grösseren Teil des erlosenen Geschäftsergebnisses in Doppelarbeiten arbeiten und hierdurch den Umsatz wesentlich erhöhen, so dass es uns gelang, einen vollständigen Ersatz für die fast ganz ausgefallenen Friedensarbeiten zu schaffen. In dem neuen Geschäftsjahre sind wir gut beschäftigt. Auch in diesem Jahre können wir nicht voraussagen, wie sich das Geschäft weiter entwickeln wird.

Unter den Aktiven der Bilanz erscheinen Gebäude mit 589 509 M. (596 546), Maschinen und Werkzeuge mit 87 282 M. (1 672), Waren mit 376 019 M. (411 232), Debitoren mit 243 750 M. (146 994). Die Passiva zeigen Kreditoren in Höhe von 259 264 M. (275 196).

*** Ausfuhr von Weisseiswaren.** Die Handelskammer zu Berlin weist die beteiligten Kreise darauf hin, dass die Zollstellen ermächtigt sind, die Ausfuhr von fertigen Weisseiswaren, ausser Konservendosen, Feldkochgeschirren, Feldkesseln, Feldflaschen, Feldtrichter und Geschützen, die zur Ausrüstung von Feldkochgeschirren gehören, ohne besondere Ausfuhrbewilligung des Reichskommissars zuzulassen, wenn der Sendung eine Bescheinigung der zuständigen Handelskammer darüber beiliegt, dass die Waren vor dem 30. April 1916 ganz oder im wesentlich fertiggestellt waren, und dass sich in der Sendung keine der besonders benannten Waren (Konservendosen usw.) befindet.

*** Zur Geschäftslage der Steingutfabriken.** Die Vereinigte Steingutfabriken G. m. b. H. in Bonn hat am 1. August an die Kundschaft folgendes Rundschreiben ergangen: „Seit Beginn des Krieges arbeiten die Steingutfabriken unter den schwierigsten Verhältnissen. War es anfangs neben der Entziehung gelernter Arbeitskräfte und der dadurch verringerten Produktionsfähigkeit noch der Mangel an Absatz der Steingutfabriken die Aufrechterhaltung der Betriebe erschwerte, so ist zwar in letzter Hinsicht eine Aenderung eingetreten, ja, es besteht sogar in Stapelartikeln, die freilich schon in Friedenszeiten kaum einen Gewinn übrig liessen, eine starke, kaum zu bezeichnende Nachfrage, und für die aber der Mangel an gelernter Arbeitskräfte naturgemäss weiter zugetrieben, und es ist dazu die ganz ausserordentliche Preisvermehrung für eine Reihe von Rohstoffen getreten, die eine regelrechte Kalkulation überhaupt unmöglich machen. Es sind die durch den Fabriken ganz erhebliche Verluste entstanden, die sie im Interesse der Aufrechterhaltung unseres Wirtschaftslebens auf sich genommen haben. Je länger aber dieser Zustand anhält, umso drückender wird er für die Fabriken, und wenn sie nicht versucht haben, durch vermögensmässige geringe Preisänderungen sich einigermaßen Erleichterung zu schaffen, so ist ihnen dies doch nur in geringem Masse gelungen. Sie sehen sich deshalb genötigt, den Teuerungsanschlag um 10 pCt. zu erhöhen. Die in der Fabrikation ganz erheblichen Kosten im Verhältnissen Rechnung zu tragen und den Fabriken ihr Wohlwollen weiter zu bewahren.“

*** M. Gladbach, 10. August.** (Privat-Telegramm.) Der Aufsichtsrat der Akt.-Ges. Pongs Spinnereier stellte fest, dass der Geschäftsverlust des ersten Halbjahrs betriebsfremd war.

*** Zusammenschluss in der österreichischen Glasindustrie.** Die Firmen Glashüttenwerke Max Mühlh. Teplitz, und Erste Böhmisches Glasindustrie Akt.-Ges. in Wien, die in ihren Werken die massenhafte Erzeugung von Fensterglas nach den Fourcaultschen Patenten aufnehmen, haben zum Zwecke eines einzigen Vorgehens in allen technischen und kommerziellen Fragen eine Interessengemeinschaft geschlossen. Jos. Max Mühlh. und Anton Mühlh. sind in den Aufsichtsrat der Ersten Böhmisches Glasindustrie Akt.-Ges. kopiert worden, während andererseits die Erste Böhmisches Glasindustrie Akt.-Ges. der Oesterreichisch-ungarischen Glashüttenindustrie Akt.-Ges. als Mitglied beigetreten.

Bulgariens Getreideernte. Nach den im bulgarischen Ackerministerium bis jetzt eingegangenen Berichten über das Erntergebnis in den einzelnen Kreisen des Landes, wie der Getreideernte der diesjährigen Ernte wie folgt geschätzt: Weizen 1 040 700 To., Roggen 215 650 To., Weizen und Roggen gesamt 62 200 To., Gerste 320 900 To., Hafer 107 000 To. Der Gesamtertrag der Ernten 1915 und 1914 in diesen Getreidesorten war folgender:

	1915	1914
Weizen	1 257 698 To.	707 058 To.
Roggen	138 604 „	154 279 „
Weizen und Roggen gesamt	78 821 „	65 708 „
Gerste	320 000 „	300 685 „
Hafer	138 544 „	117 279 „

Danach ist der Ertrag der Ernte in Weizen, Weizen und Roggen gesamt sowie Hafer in diesem Jahre geringer als im Vorjahre, während in Roggen, der allerdings in diesem Jahre in weit grösserem Umfang als im Vorjahre zur Aussaat gelangte, ein grösserer Ertrag erzielt werden ist. Im Vergleich mit der Ernte 1914 ist der Ertrag der diesjährigen Ernte, abgesehen von Hafer und Weizen und Roggen gesamt, immerhin noch bedeutend besser.

Russlands Ernteausichten. Nach der Petersburger „Handels- und Industriezeitung“ sind die Ernteausichten in Russland im allgemeinen günstig. In der Weizen- und Winterroggen sehen über den Durchschnitt. Frühjahrsweizen hält den allgemeinen Mittelstand. Gut sind die Aussichten im Wolgabegiet, Teilen von Mittel- und Nordwestrussland sowie im Nordkaukasus, schlecht in den nordöstlichen Gouvernements, in Westsibirien sind die Aussichten besser. Bei diesen Angaben ist zu berücksichtigen, dass es sich um offiziöse russische Mitteilungen handelt, deren Richtigkeit nicht nachgeprüft werden kann. Tatsache ist jedenfalls, dass in englischen Blättern zahlreiche Klagen über Ernteschäden in Rus-

land veröffentlicht wurden, und dass die Anbaufläche teilweise erheblich hinter dem Vorjahre zurückbleibt.

Die Konkurrenz Japans. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ veröffentlicht kürzlich eine Privatkorrespondenz aus Hongkong, in der es u. a. heisst:

Eines wird den Deutschen nach dem Frieden sehr unangenehm sein: die japanische Konkurrenz. Fast alle Artikel, die vor dem Kriege beinahe ausschliesslich aus Deutschland kamen, werden jetzt von den Japanern zu denselben Preisen oder billiger nachgemacht. Diese Konkurrenz darf belächelt nicht unterschätzt werden, und die holländischen Fabrikannten, die besonders für Indien arbeiten, werden wohl bald die gleiche Erfahrung machen, wenn sie sie nicht schon gemacht haben. Selbst die englische Textilindustrie beginnt langsam immer mehr von ihrem Absatzgebiet zu verlieren, da die Waren in Japan viel billiger hergestellt werden, und zwar in ganz guter Qualität.

Gegen eine Konkurrenz, die mit erlaubten Waffen kämpft, wird Deutschland nie etwas anzuwenden haben. Kann Japan, wird Deutschland nie etwas anzuwenden haben. Früher Deutschland nach dem fernem Osten geliefert hat, in gleich guter Qualität herstellen, so muss sich Deutschland den japanischen Wettbewerb gefallen lassen.

Zur Verstaatlichung der Gerstenverwertungsgesellschaft.

Kürzlich ist, wie von uns bereits angekündigt, unter Beteiligung des Reichs, der Bundesstaaten der Preussischen Landes- und Gemeindegemeinschaften sowie der Gerste verarbeitenden Industrien und des Handels die Reichs-Gerstengesellschaft (Direktoren) m. b. H. mit der Aufgabe der Bewirtschaftung der Gerste innerhalb des Reichsgebiets gegründet worden.

In der Gesellschaftsversammlung sind die bisherigen Leiter der in Liquidation befindlichen Gerstenverwertungsgesellschaft m. b. H., die Direktoren Walter Spörling, Carl Weingart, Karl Scheuer, Wilhelm Beigert und Georg Lindner zu Geschäftsführern (Direktoren) der Reichs-Gerstengesellschaft m. b. H. bestellt worden. Zur Wahrnehmung der staatlichen Interessen bei der Geschäftsführung ist der Landrat Dr. Hagedorn im preussischen Ministerium des Innern zum Geschäftsführer und gleichzeitig Vorsitzenden des Vorstandes der Reichs-Gerstengesellschaft m. b. H. vom Präsidenten des Kriegsernährungsamtes bestellt worden.

Die Umwandlung der Gerstenverwertungsgesellschaft in ein Reichsinstitut unter staatlicher Aufsicht war unbedingt notwendig, da der Gesellschaft grosse Rechte verliehen sind, deren Ausübung ohne staatliche Teilnahme an der Geschäftsführung nicht unbedenklich ist. Zu diesen Rechten gehört u. a. die Ermächtigung für Brauereien höhere Preise anzulegen, als der gesetzliche Höchstpreis für Futtermittel beträgt. Da die Bestimmung, welcher Preis für die Gerste gezahlt werden kann, sich zu einem grossen Teil nach der Qualität der Ware richtet, so ist der Preisermessung ein ziemlicher Spielraum gelassen.

Aufgabe des jetzt vom Reich eingesetzten Vorstandes wird es u. a. sein, zu prüfen, inwieweit die Klagen, die bisher in Fachkreisen über den Geschäftsverkehr bei der Gerstenverwertungsgesellschaft laut geworden sind, berechtigt sind. Die Klagen bezogen sich u. a. darauf, dass Firmen, deren jetziger oder früherer Inhaber Vorstandsmitglieder der Gerstenverwertungsgesellschaft sind, als Kommissionäre für die Gesellschaft arbeiten, wodurch Interessenkonflikte hervorgerufen werden können. Man macht mit Recht geltend, dass Geschäftsinhaber, die durch ihre Tätigkeit bei der Gerstenverwertungsgesellschaft eine hohe Vergütung verdienen können als andere. Auch wird darauf hingewiesen, dass nicht immer die geeigneten Firmen als Kommissionäre tätig seien, während alte und bewährte Fachleute keine genügende Beschäftigung beim kommissionarischen Einkauf finden. Alle diese Beschwerden werden auf ihre Stichhaltigkeit hin nachzuprüfen sein.

An der Börse.

war heute das Geschäft ziemlich ruhig und die Haltung nicht einheitlich. Der Verkehr setzte zunächst in fester Tendenz ein, späterhin erfolgten mehrfach Kursrückgänge, und schliesslich gewann wieder eine zuversichtlichere Stimmung die Oberhand, so dass die anfänglichen Verluste teilweise wettgemacht werden konnten. Am Montankurienmarkt hatte eine ganze Anzahl von Werten unter Abgaben zu leiden. Verhältnismässig gut behauptet waren nur die Aktien der Harpener Bergbau-Akt.-Ges. und die Aktien der Eisenindustrie Akt.-Ges. Im Verlaufe wendete sich lebhafteres Interesse u. a. den Aktien des Bochumer Vereins zu, die nennenswert im Kurse anziehen konnten. Höhere Kurse wurden auch für die Aktien des Neuzulwerks Borsode genannt. Rückgangswerte wurden nur wenig beachtet und gingen auf gestrigem Kursniveau um. Etwas fester tendierten die Aktien der Dynamit-Akt.-Ges. Von Automobilwerten wurden namentlich die Aktien der Benz u. Cie. Akt.-Ges. wieder Käufer, aber auch die Aktien der Hansa-Lloydwerke konnten Kursbesserungen erzielen. Unter den Elektrizitätswerten standen die Aktien der A. E. G. und der Mix u. Genest Akt.-Ges. in stärkerer Nachfrage. Schiffsahrtaktien hatten sehr stilles Geschäft. Für die Aktien der Hansa Dampfschiffahrtsgesellschaft war Abgabeneigung vorhanden. Am Bankaktienmarkt waren die Aktien der Russischen Bank für auswärtigen Handel und der Petersburger Internationalen Handelsbank zu steigenden Kursen gesucht.

Gegen Schluss der Börse entwickelte sich regeres Geschäft in den Aktien des Bochumer Vereins, des Phönix und der Oberschlesischen Eisenbahndarlehens-Akt.-Ges., die sämtlich weitere Kursgewinne davontragen konnten. Heimische Anleihen, ebenso österreichische und ungarische Renten konnten ihre gestrigen Kurse behaupten. Einige Nachfrage machte sich für serbische Renten bemerkbar. Der Geldmarkt zeigte auch heute ein leichtes Aussehen. Tägliche Geld war zu 4 pCt. angeboten, und der Privatdiskont stellte sich auf 4 1/2 pCt. und darunter. Für fremde Zahlungsmittel wurden folgende amtliche Kurse festgesetzt (in M.):

Telegraphische Auszahlungen	10. 8.		9. 8.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
New-York Dollar	5 37	5 39	5 37	5 39
Amsterdam Gulden	225 3/4	226 1/4	225 3/4	226 1/4
Rotterdam Gulden	157 1/2	157 3/4	157 1/2	158
Kopenhagen Kronen	157 1/2	157 3/4	157 1/2	158
Stockholm Kronen	157 1/2	157 3/4	157 1/2	158
Christiania Kronen	104 1/2	104 3/4	104 1/2	104 3/4
Basel Franken	69 45	69 55	69 45	69 55
Zürich Franken	85 1/4	86 1/4	85	86 1/4
Wien Kronen	70 80	70 80	70 80	70 80
Bukarest Lei				
Sofia Levi				

Rubelnoten waren, wie bisher, stark gesucht.

